

Palästinensische Reaktionen auf die Kairo-Rede von Präsident Obama

In den Palästinensischen Autonomiegebieten war die Grundsatzrede Präsident Obamas an die muslimische Welt in Kairo am 4. Juni 2009 mit Spannung erwartet worden. Schon im Vorfeld der Rede wurde ausführlich über deren Inhalt spekuliert, vor allem in Bezug auf die angekündigten Ausführungen des Präsidenten zu seiner Vision für Israel und die Palästinenser. Obama genießt auf Grund seiner bisher klaren Stellungnahme gegen den fortgeführten israelischen Siedlungsbau und auf Grund seines teils muslimisch geprägten Familienhintergrundes einen Vertrauensvorsprung in den Palästinensischen Gebieten. Dennoch ist man nach den Erfahrungen der vielen gescheiterten Friedensinitiativen der letzten Jahre (Road Map, Annapolis-Prozess) skeptisch geworden.

Der israelisch-palästinensische Konflikt in Obamas Rede

Präsident Obama legte in seiner Rede zwar keinen Friedensplan vor, wie es von manchen Kommentatoren erwartet worden war, sondern skizzierte seine grundsätzlichen Prinzipien für eine Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts.

So bezog er klar Position für die Zwei-staatenlösung. Diese sei die einzige Lösung, welche den Aspirationen beider Seiten gerecht werde. Er unterstrich die starke Verbindung zwischen den USA und Israel, sowie das Existenzrecht des jüdischen Staates, das auf der tragischen jüdischen Erfahrung von Verfolgung und Holocaust beruhe. Holocaustleugnung und Antisemitismus seien nicht nur mo-

ralisch falsch und abstoßend, sondern auch ein Hindernis zum Frieden.

Andererseits müssten die nationalen Aspirationen der Palästinenser auf einen eigenen Staat erfüllt werden und beide Staaten in Sicherheit und Frieden nebeneinander leben können. Er werde dieses Ziel persönlich und mit der gebührenden Geduld verfolgen.

Als Rahmen für Friedensverhandlungen wurde interessanterweise nicht der in einer Sackgasse steckende Annapolis-Prozess, sondern die 2003 in der Road Map vereinbarten Verpflichtungen beider Seiten erwähnt. Die Road Map verlangt u.a. in einer ersten Phase von der Palästinensischen Autonomiebehörde ein Ende der palästinensischen Gewalt gegen Israel. Israel ist darin verpflichtet, einen Baustopp in den Siedlungen durchzusetzen. In zwei weiteren Schritten sollte dann zuerst ein palästinensischer Staat in provisorischen Grenzen, und zuletzt die Lösung des Konflikts und all seiner Komponenten (Flüchtlinge, Jerusalem, endgültige Grenzen, Siedlungen und Wasser) erreicht werden. Eine sich immer schneller drehende Spirale der Gewalt hatte die Road Map jedoch schon nach wenigen Monaten scheitern lassen.

Der bereits in den letzten Monaten mehrfach von der amerikanischen Administration geforderte Baustopp in den israelischen Siedlungen wurde in der Kairo-Rede in aller Deutlichkeit wiederholt. Amerika akzeptiere nicht die Legitimität fortschreitenden israelischen Siedlungsbaus. Dieser stehe im Widerspruch zu

PALÄSTINENSISCHE AUTONOMIEGEBIETE

THOMAS BIRRINGER
KONSTANZE VON GEHLEN

15. Juni 2009

www.kas.de

www.kas.de/palaestina

vorangegangenen Vereinbarungen und untergrabe die Anstrengungen, Frieden zu erreichen, so Obama.

Gleichzeitig rief der US-Präsident die israelische Regierung dazu auf, die Bewegungsfreiheit in der West Bank zu verbessern und die in seinen Augen kontroproduktive Blockade des Gazastreifens zu beenden.

Gegenüber der Hamas wiederholte Obama die bereits seit dem Wahlsieg der radikal-islamischen Partei im Januar 2006 von der westlichen Welt formulierten Forderungen nach einem Ende der Gewalt, Anerkennung der bisher von der PLO mit Israel geschlossenen Verträge und Anerkennung des Existenzrechts Israels. Sollten diese Vorbedingungen erfüllt sein, könne die Hamas ihren Teil zur Erfüllung der palästinensischen nationalen Aspirationen beitragen.

Auch die arabischen Staaten sollen ihren Teil zu einer friedlichen Lösung des Konflikts beitragen. Neben dem impliziten Vorwurf an die arabischen Staaten, den israelisch-palästinensischen Konflikt benutzt zu haben, um ihre eigene Bevölkerung von anderen Problemen abzulenken, lobte Obama die Arabische Friedensinitiative als „einen bedeutenden Anfang, aber nicht das Ende ihrer Verantwortung“. Sie seien dazu aufgerufen, den palästinensischen Staatswerdungsprozess zu unterstützen und gleichzeitig Israels Legitimität anzuerkennen. Ob dies einen Indikator für eine stärkere Einbindung der arabischen Staaten in den Friedensprozess darstellt, bleibt abzuwarten.

Obama schloss den israelisch-palästinensischen Teil seiner Rede mit der Hoffnung, dass Jerusalem eine Stadt des Friedens und der Sicherheit für alle drei monotheistischen Religionen werde.

Rhetorischer Paradigmenwechsel

Obwohl sich Obama in der Kairo-Rede gewohnt ruhig und besonnen ausdrückte, kann seine Analyse der palästinensischen Position und vor allem seine Rhetorik doch als ein nicht zu unterschätzender Paradigmenwechsel der amerikanischen Regierung interpretiert werden.

Obama kritisierte zwar klar die Anwendung von Gewalt und Terror durch palästinensische Gruppen, spricht aber in diesem Zusammenhang von „Widerstand“ und zitiert den friedlichen Kampf der Afroamerikaner, der Südafrikaner, der Osteuropäer und anderer gegen Sklaverei, Segregation, Erniedrigung und Unfreiheit. Gewalt sei eine Sackgasse und Terror gegen Zivilisten weder ein Zeichen von Stärke noch von Mut. Die Erwähnung der palästinensischen Situation im gleichen Atemzug mit Sklaverei und Rassentrennung in den USA, sei es auch im Rahmen einer Kritik am palästinensischen Terrorismus, deutet auf eine neue Rhetorik hin.

Darüber hinaus ist bemerkenswert, dass Präsident Obama während seiner gesamten Rede nie von „den palästinensischen (Autonomie-)Gebieten oder einem zukünftigen palästinensischen Staat sprach, sondern ausdrücklich „Palästina“ sagte und dessen Existenzrecht mit dem Israels gleichsetzte.

Weiterhin erwähnte er das Leiden der palästinensischen Flüchtlinge, die seit über 60 Jahren in Flüchtlingslagern leben und sprach von den „täglichen Erniedrigungen – kleine und große – welche die Besatzung mit sich bringt“. Und weiter „die Situation des palästinensischen Volkes ist intolerabel“. Solch klare Worte des Verständnisses für die Lage in den palästinensischen Gebieten und die Sorgen der Palästinenser hat vor Obama noch kein amtierender US-Präsident gefunden. Die Anerkennung ihrer Situation, nicht nur durch die Amerikaner, sondern auch vor

PALÄSTINENSISCHE AUTONOMIEGEBIETE

THOMAS BIRRINGER
KONSTANZE VON GEHLEN

15. Juni 2009

www.kas.de

www.kas.de/palaestina

der Weltöffentlichkeit, hat für die Palästinenser eine große psychologische Bedeutung.

Es ist darüber hinaus bemerkenswert, dass Präsident Obama nicht nur über die Besetzung sprach, sondern ausdrücklich die Vertreibung/Verdrängung („displacement“) der Palästinenser 1948 im Zuge der Staatsgründung Israels erwähnt. Für Palästinenser stellen der Auszug der Palästinenser aus ihrer Heimat im späteren Staatsgebiet Israels und die verlangte Rückkehr der Flüchtlinge einen der Hauptkonfliktpunkte dar.

Palästinensische Reaktionen auf die Kairo-Rede

Die Rede Obamas in Kairo hat in den palästinensischen Medien größtenteils positive Reaktionen hervorgerufen. Besondere Aufmerksamkeit erfuhr dabei die klare Ablehnung des fortgesetzten israelischen Siedlungsbaus, das Bekenntnis zu einer Zweistaatenlösung und das Versprechen Obamas, sich persönlich für eine Lösung des Konflikts einzusetzen.

Der vom Westen unterstützte Präsident Abbas und Ministerpräsident Salam Fayyad begrüßten die Rede, besonders die Verurteilung israelischer Siedlungsaktivitäten sowie Obamas Vision für Jerusalem, als einen ermutigenden Start der Zusammenarbeit mit der neuen amerikanischen Administration. Der ehemalige palästinensische Chefunterhändler, Saeb Erekat (Fatah), spekulierte in einer der großen Tageszeitungen bereits auf einen neuen amerikanischen Strategieplan in den kommenden Monaten zur Umsetzung der Road Map.

Die Hamas-Regierung im Gazastreifen hat zurückhaltender reagiert und Obamas Rede in einigen Punkten kritisiert. So sei zum einen der Aufruf Obamas an die Hamas, Israels Existenzrecht anzuerkennen, nicht akzeptabel. Die Hamas bedauerte außerdem in ihrem Statement, dass

Obama nicht den von Israel Anfang des Jahres im Gazastreifen verursachten „Holocaust“ (Originalton) erwähnt habe. Darüber hinaus wäre, laut Hamas, eine Entschuldigung für die Zerstörung der muslimischen Länder Irak und Afghanistan wünschenswert gewesen.

Dennoch zeigte sich die Hamas zum Dialog mit Obama bereit und lud ihn sogar nach Gaza ein, sollte er von seinem Anspruch der Gewaltlosigkeit und der Anerkennung Israels abrücken. Auch der stellvertretende Führer der Hamas im Exil in Damaskus, Musa Abu Marsuk, unterstrich in einer Stellungnahme die bereits von der Regierung in Gaza geäußerte Reaktion und forderte die USA zu der Aufnahme des Dialogs mit der Hamas ohne Vorbedingungen auf. Eine Lösung des Nahostkonflikts sei ohne die Hamas nicht möglich, so Marsuk.

Andere palästinensische Fraktionen, wie die PFLP, äußerten sich zwar positiv bezüglich der in Obamas Rede formulierten Grundsätze, warnten jedoch auch vor überzogenen Erwartungen. Der wahre Wert der Rede hänge letztendlich davon ab, ob Obama seine Forderungen auf israelischer Seite auch durchsetzen könne.

Ausblick

Die Hoffnung auf eine Verbesserung der Lage in der West Bank, die Obama neu anfachen konnte, muss in den nächsten Monaten durch konkrete Schritte aufrechterhalten werden. In der palästinensischen Bevölkerung herrscht, nach den immer wieder enttäuschten Hoffnungen auf eine Lösung des Konflikts, eine große Skepsis gegenüber den Versprechungen der amerikanischen Administration.

Dennoch scheinen die Menschen in den Autonomiegebieten Obama glauben zu wollen. Durch die klaren Worte, die er seit Anbeginn seiner Amtszeit für die israelische Siedlungspolitik fand und die Symbolik seiner Wahl als Kind eines mus-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**PALÄSTINENSISCHE
AUTONOMIEGEBIETE**

THOMAS BIRRINGER
KONSTANZE VON GEHLEN

15. Juni 2009

www.kas.de

www.kas.de/palaestina

limischen Afrikaners, hat er einen großen Sympathievorschuss erhalten und kann aus palästinensischer Sicht als „ehrlicher Broker“ auftreten. Dieser Sympathievorschuss wird jedoch voraussichtlich nur kurze Zeit bestehen; Vertrauen in der palästinensischen Bevölkerung kann die amerikanische Administration nur dadurch gewinnen, dass sie Israel von der Erfüllung ihrer Pflichten in der Road Map überzeugt und eine Verbesserung der Bewegungsfreiheit in der West Bank sowie einen Wiederaufbaudes Gazastreifens erreicht.

Auch für das Überleben der moderaten Regierung von Salam Fayyad in der West Bank sind Fortschritte am Verhandlungstisch mit Israel von existentieller Notwendigkeit. Die von Präsident Abbas nach gescheiterten Einheitsgesprächen mit Hamas erneut gebildete Regierung pro-westlicher Technokraten wird von lediglich 42% der Palästinenser unterstützt und leidet nach allgemeiner Auffassung an einem demokratischen Legitimationsproblem. Zwar hat Präsident Abbas der Verfassung nach in Notzeiten das Recht, eine Übergangsregierung einzusetzen, diese muss aber nach 60 Tagen vom Parlament im Amt bestätigt werden. Da der Palästinensische Legislativrat jedoch auf Grund der hohen Anzahl in Israel inhaftierter Abgeordneter der Hamas nicht be-

schlussfähig ist, regiert Salam Fayyad seit knapp zwei Jahren in der West Bank als Premierminister einer Technokratenregierung, die vom Westen unterstützt wird und sich dem Weg der Verhandlungen und der Gewaltlosigkeit verschrieben hat.

Trotz der Erfolge der Regierung in den Bereichen innere Sicherheit, Korruptionsbekämpfung und Förderung der Wirtschaft konnten Fayyad und Präsident Abbas in den letzten zwei Jahren keinerlei Resultate in den für die Palästinenser wichtigsten Bereichen Bewegungsfreiheit und Siedlungsstop erzielen. Mit der Wahl einer neuen Regierungskoalition in Israel unter Benjamin Netanyahu wird es selbst unter dem Druck Obamas schwierig sein, in den oben genannten Bereichen Fortschritte zu erzielen. Ohne dies wird es jedoch für die moderate Regierung in der West Bank immer schwieriger, ihre Bevölkerung von der Richtigkeit des eingeschlagenen Weges der Verhandlungen und Gewaltlosigkeit zu überzeugen. Im Wettkampf mit Hamas um die Herzen der Palästinenser können Fayyad und Abbas langfristig nur gewinnen, wenn Obama seine Ankündigungen wahr macht, sich aktiv in den Nahostfriedensprozess einbringt und so auf eine Zweistaatenlösung hinarbeitet.